

FRAGESTUNDE

Beginn: 13.07 Uhr
Ende: 14.10 Uhr

1) Strafabgabe für leer stehende Wohnungen

GR. **Kraxner** stellt an StRin. **Kahr** folgende Frage:

GR. **Kraxner**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Stadtregerung, sehr geehrte Stadträtin! Ich beziehe mich auf den Antrag in der Gemeinderatssitzung vom 23.4.2009 beziehungsweise den Zeitungsartikel in der Grazer Woche vom 29.4.2009 Ihrer Fraktionskollegin GRin Mag.^a Ulrike Taberhofer, die, wie in der Vergangenheit von der KPÖ schon mehrfach versucht, eine Strafabgabe für leerstehende Wohnungen einfordert.

In Zeiten hoher Belastungen für alle Bürgerinnen und Bürger wäre es mehr als kontraproduktiv, weitere Belastungen und damit negative Signale in Richtung Erholung der wirtschaftlichen Lage zu setzen.

Anstelle einer gesellschaftspolitisch fragwürdigen Strafabgabe wäre doch ein positives Signal in Form eines einmaligen Bonus als Anreiz für zum Beispiel die Vornahme kleiner Investitionen der bessere Weg, es für WohnungseigentümerInnen interessant zu machen, Leerstände zu vermeiden.

Meine Frage an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, ist es nun, was von Ihrer Seite als ressortzuständige Stadträtin für Wohnungsangelegenheiten getan wird, um Eigentümerinnen und Eigentümern von Wohnungen dazu zu animieren, Leerstände möglichst kurz zu halten?"

StRin. **Kahr**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Besten Dank für Ihre Anfrage. Bevor ich zur Beantwortung Ihrer Anfrage komme, möchte ich vielleicht aber auch nur etwas noch klarstellen. Weder meine Kollegin Mag.^a Ulrike Taberhofer hat in der letzten Gemeinderatssitzung noch ich das Wort Strafabgabe in den Mund genommen, das würden wir auch so nicht machen, das haben Sie entnommen aus

der „Woche“, das ist wieder eine eigene Geschichte, wir haben hier einen anderen Begriff verwendet und es ist auch ganz klar, da würden wir uns auch verwehren, weil das wäre genauso, wenn der Bundesminister, der Finanzminister Pröll, wenn er Steuern oder Abgaben einfordert, wird ja auch nicht von einer Strafsteuer für die Bevölkerung gesprochen. Nun zur Anfrage. In Graz, wie Sie vielleicht auch wissen, gibt es laut Schätzungen zwischen 2000 und 7000 leer stehende Wohnungen. Die von Kollegin Taberhofer in der letzten Gemeinderatssitzung angedachte Meldepflicht für leer stehenden Wohnraum ist vor dem Hintergrund, dass auf der einen Seite tausende Menschen in Graz im städtischen Wohnungsamt um eine Gemeindewohnung ansuchen und auf der anderen Seite es eine rasante fortschreitende Versiegelung von städtischen Grünflächen gibt, durchaus eine berechtigte Überlegung, die wir gar nicht erfunden haben, sondern das ist schon Praxis in einigen nordeuropäischen Ländern und durchaus eine Überlegung wert. Leer stehende Wohnungen sind vor allem angesichts des Hintergrunds in jedem Fall eine Verschwendung von Ressourcen zu Lasten nämlich aller Grazerinnen und Grazer. Eine selbstverständlich sorgfältig überlegte und ausgearbeitete und auf bestimmte Lebensumstände Rücksicht nehmende Abgabe für länger leer stehenden Wohnraum ist daher durchaus anzudenken und denke ich auch als ein von Ihnen geforderter Anreiz zu sehen, leer stehende Wohnungen möglichst kurz zu halten. Als Stadträtin, wie Sie es auch ansprechen in der Anfrage, bin ich ressortzuständig für die städtischen Gemeindewohnungen und leider nicht für die Vermietung und Verwaltung von privatem Wohnraum. Daher und auch auf Grund der budgetären Situation kann ich natürlich Ihren Überlegungen nicht nahetreten, bin aber selbstverständlich gerne bereit, und Sie haben auch hier meine volle Unterstützung, wenn Sie mit Ihrem Anliegen an die Wirtschaftskammer oder an den Fachverband der Immobilien- und Vermögenstreuhänder herantreten (*Applaus KPÖ*).

GR. **Kraxner:** Weil Sie gesagt haben Strafabgabe, ich habe das zitiert aus der Grazer Woche, wie Sie richtig gesagt haben und nachdem das wörtliches Zitat war, glaube ich, kann ich das auch durchaus in meine Anfrage hineinschreiben. Meine Zusatzfrage: Engpässe bei Wohnungen kann und soll man nicht mit Zwangsmaßnahmen lösen. Man sollte vielmehr darauf achten, in Zukunft keine reinen Übertragungswohnbauten zu forcieren, ich spreche von reinen

Übertragungswohnbauten, sondern gemischte Wohnprojekte anzustreben. Dies gilt vor allem für bereits sozial belastete Gebiete wie die Bezirke Greis, Lend und Jakomini. Aufgrund meiner Erfahrung als Bezirksvorsteher stelle ich daher meine Zusatzfrage: Können Sie sich vorstellen, in Zukunft bei Übertragungswohnbauten darauf zu achten, den Anteil von Wohnungen für sozial Schwächere in einem ausgewogenerem Verhältnis zu den übrigen Wohnungen zu halten, damit soziale Spannungen möglichst gering gehalten werden (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*)?

StRin. **Kahr**: Erstens einmal müssen wir die entsprechenden Wohnbaufördermittel überhaupt vom Land bekommen; wie Sie wissen, ist es ja so, dass es derzeit im Land eine Kürzung von 11 Millionen Euro wieder vorgenommen wurde und der Wohnbaufördertopf im Land ausgeräumt wird. Unser Interesse liegt vor allem, leistbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen und insofern muss man auch darauf achten bei neuen Modellen, wenn man sie andenkt, dass sozusagen es auch für die Mieter und Mieterinnen, Übertragungswohnbauten, die Mieten auch leistbar bleiben. Generell muss ich sagen, wenn es um privaten Wohnraum geht, gehen unsere Initiativen und Überlegungen eher immer in diese Richtung zu achten, dass auch auf diesem Segment die Mieten leistbar bleiben, deshalb sind Forderungen unsererseits, wie Mietzinsobergrenzen wieder gesetzlich einzuführen für alle Wohnungen am privaten Wohnungsmarkt bis hin beispielsweise auch, dass es eine Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Mieten und Betriebskosten oder zum Beispiel, was wir hier auch im Hause immer wieder eingebracht haben und durchaus auch im Abkommen zwischen ÖVP und Grünen auch als Punkt aufgenommen wurde, nämlich die Einführung eines Kautionsfonds für Menschen mit geringem Einkommen, weil, wie Sie vielleicht auch wissen, es manchmal vielleicht die Miete leistbar ist für die Wohnungssuchenden, aber für viele die Aufbringung der Kaution unmöglich (*Applaus KPÖ*).

2) Grazer Berufsfeuerwehr

GR. **Herper** stellt an StRin. Mag.^a **Grabner** folgende Frage:

GR. **Herper**: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Frage an Frau Stadträtin Mag.a Sonja Grabner. Ich bin ja heute ganz samtpfötig.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, die

F r a g e :

Wie beurteilen Sie die Leistungsfähigkeit der Grazer Berufsfeuerwehr beziehungsweise die Sicherstellung des Katastrophenschutzes in Graz durch die Berufsfeuerwehr (*Applaus SPÖ*)?

StRin. Mag.^a **Grabner**: Sehr geehrter Herr Klubobmann, vielen Dank einmal vorweg für diese Frage, denn an dieser Stelle möchte ich einmal ein herzliches Dankeschön an den unermüdlichen Einsatz der Feuerwehr, sowohl der Berufsfeuerwehr, der Betriebsfeuerwehr, auch der Freiwilligen aussprechen, den speziell in den letzten Tagen, wie Sie ja wissen, am 12. 5. mit mehr als 60 Einsätzen ist das schon einmal eine Wahnsinnsleistung und eine großartige Arbeit. Eine schlagkräftige Organisation, Herr Klubobmann, und die Leistungsfähigkeit, wie soll ich sagen, schlagkräftig im Einsatz in kürzester Zeit, da wo Hilfe benötigt wird und was die Katastrophenpläne und die Schutzpläne anbelangt, sind wir in der Ausarbeitung und permanent mit Experten im Gespräch (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper**: Also das gemeinsame Lob der Berufsfeuerwehr ihrer Aktivitäten, ihrer Einsatzfreudigkeit und ihrer Leistungsfähigkeit ist ja gegeben beiderseits, mehrseits, allseits hier im Hause. Ich hätte eine Zusatzfrage: Können Sie im Zusammenhang mit Ihren Vorgaben, Plänen, die Sie ja schon inzwischen fachlich auch vorberaten,

vorgesprochen haben, zusichern, dass der derzeitige Personalstand bei der Grazer Berufsfeuerwehr während Ihrer politischen Verantwortlichkeit nicht reduziert wird?

StRin. Mag.^a **Grabner**: Wir können zusichern, dass wir immer schlagkräftig organisiert sind und die Grazerinnen und Grazer mit Hilfe und Hilfestellung beziehungsweise mit dem, was benötigt wird, unterstützen. Selbstverständlich (*Applaus ÖVP*).

3) MigrantInnenanteil bei MitarbeiterInnen in städtischen Kindergärten

GRin. **Binder** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Anfrage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit 2006 gibt es in unserer Stadt ein interkulturelles Leitbild für die Kinderbetreuungseinrichtungen der Stadt Graz, und dieses interkulturelle Leitbild ist ein äußerst engagiertes Leitbild und das wurde erstellt noch in der Zeit von der Frau Stadträtin a. D. Kaltenbeck unter der Federführung der Frau Abteilungsvorständin Mag.^a Krammer. In diesem Leitbild stehen einige sehr, sehr wichtige Schwerpunkte drinnen, wie zum Beispiel, dass eben die Kinderbetreuungseinrichtungen ganz wichtige Stätten sind, wo Kinder zum ersten Mal soziale Kompetenzen wie Solidarität, wie Verständnis, wie Toleranz lernen können, und in unseren Kindergärten gibt es etwa ein Drittel von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund. Und das ist nun meine Frage an den sehr geehrten Herrn Stadtrat Eisel-Eiselsberg, nämlich:

Wie viele MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund gibt es in den städtischen Kindergärten und wie viele davon sind jeweils als KindergartenpädagogInnen und wie viele davon sind als KindergartenhelferInnen tätig? BetreuerInnen Entschuldigung um korrekt zu sein, heißt das BetreuerInnen. Danke.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Eine Frage sollte man ja grundsätzlich nicht mit einer Gegenfrage beginnen, ich muss es trotzdem tun, weil mir grundsätzlich nicht ganz klar ist, was ist ein Migrant, eine Migrantin, was ist Migrationshintergrund, gelten EU-Einwanderer, EU-Bürger auch als Migrantinnen, bezieht sich ein Migrationshintergrund auf eine soziale Klasse oder auf einen Ort einer Geburt, wie eine Studie unlängst formulierte, auf den Geburtsort der Eltern oder darauf, dass man Deutsch als Muttersprache hat oder nicht, also all das sind Fragen, die bei der Beantwortung dieser Frage natürlich eine Rolle spielen. Darum kann ich auch nur folgende Zahlen nennen, die sich nicht nur auf den Kindergarten allein beziehen, weil wir einen Personalpool für alle drei genannten Bereiche haben. Aber die Zahl, die folgt, bezieht sich nur auf jene MitarbeiterInnen, die vor der österreichischen Staatsbürgerschaft eine andere hatten oder EU-BürgerInnen sind. Wir haben eine Pädagogin mit Migrationshintergrund aus Belgien und 34 BetreuerInnen mit Migrationshintergrund aus folgenden Ländern: Slowenien, Iran, Ungarn, Bosnien, Kroatien, Russland, Polen, Türkei, Mexiko, Spanien, Ägypten, Serbien, Albanien, keine unsere LeiterInnen hat Migrationshintergrund in diesem engen Sinn, also Wechsel der Staatsbürgerschaft oder EU-BürgerInnen. Das ist jetzt für den Bereich der Kinderbildung und -betreuung. Ich möchte schon auch darauf hinweisen, dass diese Daten eigentlich jetzt im Amt für Jugend und Familie für den Eigengebrauch gesammelt werden, meiner Erfahrung nach und meines Wissens nach werden darüber hinaus gehende Statistiken im Personalamt nicht geführt, zumindest sind sie mir nicht bekannt und ich erlaube mir auch die abschließende Bemerkung, es wäre natürlich auch interessant, derartige Fragen nicht nur auf den Bereich des Amtes für Jugend und Familie beziehungsweise den Kinderbildungs- und Betreuungsbereich zu fokussieren, man könnte hier durchaus auch darüber diskutieren und Daten bekommen für all jene Bereiche, die eigentlich mit Kundenservice und Kundenorientierung zu tun haben, sei es jetzt die Baubehörde, sei es das BürgerInnenamt, das Wohnungsamt, wie ist es mit den politischen Büros zum Beispiel, in all diesen genannten Bereichen kommt ja auch eine zentrale Aufgabe in der Kundenorientierung, in der Serviceorientierung zu und ich denke, wenn wir uns dieser Frage umfassend widmen wollen, dann sollte es das durchaus zentral über das Personalamt geschehen, zumal dort auch alle Daten zusammenlaufen.

GRin. **Binder**: Sehr geschätzter Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg! Jawohl, das wäre hochinteressant, durchaus und dem sollten wir auch wirklich nachgehen. Meine Zusatzfrage ist, wissen Sie auch die Zahlen für Privatkindergärten?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Nein, darüber liegen keine Zahlen vor. Über das Personal der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den privaten Einrichtungen werden uns auch keine Meldungen gemacht und darum leider null.

4) Gratis-Wlan-Verbindung auf öffentlichen Plätzen, Schwimmbädern und GVB-Haltestellen

GR. **Sikora** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi folgende Frage:

GR. **Sikora**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Anfrage bezieht sich auf Gratis Wlan Verbindungen auf öffentlichen Plätzen, Schwimmbädern und GVB-Haltestellen, die ja mittels Laptop, Notebook oder mittels Handy kabel- und kostenlos an angeführten Punkten im Internet angeboten, also das Surfen im Internet angeboten werden. Die Einrichtung und das Angebot von Gratis-Wlan-Verbindungen sind eine sehr gute Sache für die Stadt Graz, gehört sie dann schließlich auch zu den wenigen Städten, die dieses Service den BürgerInnen anbieten. Mich interessiert, da die CityCom als 100%-Tochter der Stadt Graz AG die Wlan Versorgung übernehmen soll, jedoch die Frage nach der zu erwartenden Kostenentwicklung und der Datensicherung für die Benutzer. Zur Datensicherung vielleicht auch eine Bemerkung, es könnte ja sein, dass ein Benutzer eine dynamische ID-Adresse besitzt, das würde dann heißen, dass der Benutzer quasi anonym und sehr schwer verfolgbar im Netz surft, sodass eine eventuelle Kostenentstehung nicht ausgeschlossen werden kann.

Deshalb stelle ich die

Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat! Inwieweit wurde bei der Installierung und bei der Ausarbeitung des Projektes Gratis-WLAN-Verbindungen auf öffentlichen Plätzen, Schwimmbädern und GVB Haltestellen auf mögliche Kostenfaktoren Rücksicht genommen und inwieweit bleibt der Schutz der Benutzer vor illegalen und missbräuchlichen Zugriffen gewahrt? (*Applaus KPÖ*)

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Danke für die Frage. Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Zur Anfrage wegen Gratis-Wlan-Verbindung auf öffentlichen Plätzen, Schwimmbädern und GVB-Haltestellen teilt mir die Graz AG mit, dass schon seit geraumer Zeit in Anlehnung an ähnliche bereits umgesetzte Projekte in Österreich, aber auch partiell in Graz bei McDonalds etwas, die CityCom Telekommunikation GesmbH als 100%ige Tochter der Graz AG dieses Projekt verfolgt. Bekanntlich laufen von der Graz AG derzeit auch Verhandlungen, gerade den Vertriebsbereich und den Know-how Transfer unserer IT-Einheiten mit professionellen Partnern in Zukunft gemeinsam abzuwickeln. Über den Verhandlungsstand mit Interessenten kann auch wegen der Vertraulichkeitserklärungen noch nichts Definitives gesagt werden. Allerdings wird mir von der Graz AG Folgendes zu den Kenndaten mitgeteilt: Die Projektkosten werden nicht von der Graz AG oder CityCom getragen, sondern zu 100 % von einem privaten Investor übernommen. Die Ausschreibung und Suche nach diesem privaten Investor läuft derzeit. Zur Sicherheit: Natürlich werden die modernsten IT-Security-Standards verwendet. Illegale Inhalte werden generell durch Filterregeln blockiert. CityCom übernimmt den Betrieb, da sie einen Carrier Status besitzt, das heißt, Lizenznehmer ist. Die Benutzung des Wlan-Netzes erfolgt unter Berücksichtigung aller gesetzlichen Vorgaben, da das Netz eben von CityCom, der 100%igen Tochter der Graz AG, betrieben wird und daher der Aufsicht der Telekommunikationsbehörde von Österreich unterliegt. Damit ist ein Schutz der Benutzer gewährleistet. Daher wird es auch zwei Typen von Benutzern geben, die unregistrierten Benutzer, die haben eine Stunde freies Surfen, danach ein Re-Login, also ein neuerliches Login, also ein neuerliches Ankoppeln möglich, Schutz gegen große und illegale Downloads ist damit gewährt. Zweitens ein Mailempfang ist möglich für unregistrierte Benutzer, jedoch kein Mail-Versand, das ist der Schutz gegen Spam. Für die registrierten Benutzer gelten folgende Regelungen: uneingeschränkte Nutzung des Internets mit sämtlichen Diensten, Registrierung bei

Diensten der Stadt Graz und der Graz AG, zum Beispiel das GVB-Ticket, und WLAN-Wochen- beziehungsweise Monatstickets für Touristen. So lauten derzeit die Vorstellungen im Management der Graz AG, die mit externen Fachleuten ein solches Projekt im Detail prüfen und, wie gesagt, zur Etablierung von Graz als IT-Hauptstadt relativ rasch umsetzen wollen. Gratis-WLAN ist in anderen europäischen Ballungsräumen bereits Standard und sollte auch in Graz nicht fehlen, wobei anzumerken ist, dass gerade in der Innenstadt Privat-WLAN-Netze zu Tausenden in Betrieb sind. Nach Schätzungen ungefähr 8.000. Die Gesamtkosten für das Projekt, das im Zuge einer Partnerschaft mit der CityCom abgewickelt werden soll, wird somit weder die Stadt Graz noch die Graz AG belasten.

5) Spielplatz Krausgasse/Vinzenzgasse/Franz-Steiner-Gasse; Lärmbelästigung für die Anrainer

GRin. **Benedik** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GRin. **Benedik**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Anfrage betrifft den Spielplatz Krausgasse/Vinzenzgasse/Franz-Steiner-Gasse, es handelt sich da um eine Lärmbelästigung für die Anrainer. Seit Beginn der wärmeren Tage tummeln sich ab 20.00 Uhr am im Betreff angeführten Spielplatz Jugendliche im Alter zwischen 15 und 18 Jahren, manchmal sind sie auch älter, und bringen die Bewohner in der Krausgasse/Vinzenzgasse/Franz-Steiner-Gasse durch ständiges Lärmerzeugen regelrecht zur Verzweiflung (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*).

Mit der entsprechenden Lärmentwicklung geht auch eine unsachgemäße Nutzung der Spielgeräte einher. Tatsächlich wurde von den Anrainern beobachtet, dass Jugendliche im Alter von über 16 Jahren auf dem dort aufgestellten Kindertrampolin herumsprangen. Lärmbelästigung und zu erwartender Sachschaden ließen mich in dieser Sache bereits aktiv werden, ohne jedoch eine dauerhafte Verbesserung der Lage erzielen zu können. Im Zuge dessen wurde meinerseits angeregt, die

betroffenen Spielplätze ab 20.00 Uhr zu schließen und dies durch die Ordnungswache kontrollieren zu lassen.

Allerdings wurde mir durch die zuständigen Ämter zur Kenntnis gebracht, dass gerade verschlossene Kinderspielplätze Anziehungspunkte für Vandalenakte wären.

Es empfiehlt sich also, entsprechende Rahmenbedingungen legislatischer Art zu schaffen und diese in der Folge auch streng zu kontrollieren.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, nachstehende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, durch die zuständigen Stellen des Magistrates Graz die Einführung einer Sperrstunde ab 21.00 Uhr für öffentliche Kinderspielplätze prüfen zu lassen?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Die Abteilung für Liegenschaftsverkehr erlaubt sich folgende Stellungnahme abzugeben: Die Wirtschaftsbetriebe, Sparte Grünraum, sind gemäß Geschäftseinteilung für die Betreuung und Reinigung von Parkanlagen und Spielplätzen zuständig und haben den Spielplatz Krausgasse im Jahr 2008 neu gestaltet, sodass eine verstärkte Frequenz für diesen Spielplatz entstand. Es wurde daher bereits durch die Ordnungswache eine verstärkte Begehung durchgeführt und gemeinsam mit dem A 6, dem Jugendamt, und gemeinsam mit der A 6 auch Streetworker eingesetzt. Zur gewünschten Maßnahme, den Spielplatz zu versperren um 21.00 Uhr, darf berichtet werden, dass vom A 6 gemeinsam mit der Sparte Grünraum der Wirtschaftsbetriebe bereits ein diesbezügliches Pilotprojekt bei vier Spielplätzen durchgeführt wurde, Sie haben es erwähnt und die Spielplätze während der Nachstunden verschlossen. Dieses Modell hat sich jedoch nicht als zielführend erwiesen, da bei der Sperre starke Beschädigungen an den Anlagen, Zäune und Schlösser wurden zerstört, auftraten und dies auf längere Sicht durch die auftretenden Schäden zu erhöhten Kosten führt. Bezüglich der starken Benützung des Kinderspielplatzes in der Krausgasse wird als zusätzliches Angebot die Errichtung eines Jugendtreffs am Hofbauerplatz in Erwägung gezogen. Ich möchte gerne noch eine persönliche Bemerkung anfügen. Mir ist das Anliegen der Bewohnerinnen und Bewohner durchaus naheliegend und es ist auch nachvollziehbar, aber auf der anderen Seite

denke ich, dass ein öffentlicher Spielplatz gerade in der Sommerzeit um 21.00 Uhr einfach auch zu früh gesperrt wird. Die Konflikte sind wahrscheinlich da, das will ich auch gar nicht abstreiten, aber ich würde es auf der anderen Seite auch nicht einfach für zweckmäßig halten, den Spielplatz um 21.00 Uhr im Sommer zu sperren, ich denke, dass eben dann die Vandalenakte, die wir von diesem Pilotprojekt her kennen, dort durchaus auch Platz greifen würden und damit auch keine Lösung erzielt werden könnte. Das Problem ist klar und ist schwer, vielleicht gelingt es mit dieser Errichtung des Jugendtreffs, der dann auch länger geöffnet werden kann, eine Erleichterung zu finden (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Benedik:** Ich bin an und für sich mit dem Jugendtreff in den späten Abendstunden am Hofbauerplatz eigentlich auch nicht einverstanden, weil gerade dort grenzt auch die Franz-Steiner-Gasse an und das wäre dort genauso der Lärm. Also es wäre nur eine Verlagerung vom Jungen Europa wie der Spielplatz eben richtig heißt, auf den Hofbauerplatz, der nur wenige Schritte weg ist. Also ich würde das nicht für sehr ideal empfinden, weil die Bewohner dann in der Franz-Steiner-Gasse den doppelten Lärm dann haben. Und ich meine auch nicht, den Spielplatz diesbezüglich zuzusperren, da habe ich mich mit den zuständigen Stellen schon besprochen, sondern ich meine, eine Verbotstafel aufzustellen, dass man eben ab 21.00 Uhr, ab 21.00 Uhr sind keine kleinen Kinder, auch in den Sommermonaten, oder sollten sie zumindest nicht unterwegs sein, um diese Vandalenakte eben dort einzuschränken, das habe ich damit gemeint (*Applaus FPÖ*).

StR. Dr. **Rüsch:** Ich bewundere durchaus Ihr Vertrauen, das Sie in Tafeln haben. Ich denke, solche Tafeln sind dann einfach zur Selbstberuhigung und man denkt, man hat etwas getan, hat aber nichts erreicht. Ich lade Sie gerne ein, ich habe auch keine bessere Lösung angeboten, ich weiß, dass das ein Konflikt ist, ich lade Sie gerne ein, dass wir uns darüber einmal unterhalten, was wir tun können, aber ich denke, nochmals Tafeln aufzustellen oder zu versperren im Sommer mit 21.00 Uhr ist aus meiner Sicht keine Lösung. Wenn das in der Hofbauergasse auch keine Lösung ist,

dann fällt mir im Moment auch nichts anderes ein, als weiter nachzudenken, überlegen, ob es irgendwelche anderen Ansätze gibt.

6) AOG-Programm 2011-2015

GR. Mag. **Haßler** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi folgende Frage:

Mag. **Haßler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie in den Medien schon zu entnehmen war und wie auch in einem Stück nachzulesen war, das heute im Finanzausschuss aufgelegt ist, wurde ein AOG-Investitionsprogramm für die Jahre 2011 bis 2015 erarbeitet und zwar gemeinsam von Schwarz/Grün, das ein Volumen von 200 Millionen Euro umfasst. Und das ist sicher keine kleine Summe und ist sicher auch eine wesentliche Festlegung für die Jahre bis 2015, weil drinnen auch schon die Projekte im weitesten Sinne abgesteckt sind, die in diesem Zeitraum dann umgesetzt werden sollen. In diesem Vorschlag sind nun rund oder sind genau 79 Millionen für den Ressortbereich von Vizebürgermeisterin Rücker reserviert. Insgesamt sollen laut diesem Vorschlag, der heute auch zurückgestellt wurde von unserer Fraktion, die fünf Stadträte und Stadträtinnen der schwarz/grünen Koalition 181,6 Millionen von den 200 Millionen erhalten und die restlichen vier Stadtsenatsmitglieder müssen sich mit 18,4 Millionen begnügen. Ich glaube, das ist Schicksal wenn es darum geht, dass man Macht demonstrieren will, dann ist es Schicksal, wenn man die Menschen sieht, die dahinter stehen, wenn ich ein Ressort verwalte, dann, glaube ich, können diese Menschen nichts dafür, dass wir hier im Rathaus Schicksal, spielen und Macht demonstrieren, das sage ich ganz deutlich einmal von dieser Stelle aus (*Applaus SPÖ*). Wie gesagt, erstaunlicherweise sind dort wenig Mittel reserviert für diverse Stadtsenatsmitglieder, für die Bereiche von Stadtrat Eustacchio und vom Stadtrat Riedler sind es sage und schreibe null Euro, die bis 2015 dort vorgesehen sind. Auch mit der Sozialreferentin Elke Edlinger und den ihr zugeordneten Ämtern wurden offensichtlich keinerlei Verhandlungen geführt, auch keine Gespräche geführt oder nur am Rande Gespräche geführt, ähnlich wie bei Eustacchio und Riedler und für ihren Bereich wurden sage und schreibe für fünf Jahre 900.000 Euro vorgesehen. 900.000 Euro für

den Sozialbereich, und weil früher das Wort Schicksal gefallen ist, da habe ich auch einen guten Vergleich, wir haben ja heute einen Tag, wo die Eisheiligen draußen vor der Türe sind, wir haben die Zeit der fünf Eisheiligen. Momentan in der Natur und ich glaube, das was in der Natur Mamertus, Pankratius, Servatius und Bonifatius und Sophie sind nämlich, dass sie Abkühlung bringen, das sind hier im Rathaus die fünf Scheinheiligen und ich sage ausdrücklich dazu, ich beziehe das Wort scheinheilig jetzt auf das politische Agieren und nicht auf das menschliche Agieren, weil als Person, glaube ich (*Applaus SPÖ*), kann man nichts sagen, aber politisch muss ich die Kolleginnen und Kollegen von der schwarz/grünen Koalition wirklich als scheinheilig agierend bezeichnen und Siegfried, Lisa, Gerhard, Detlev und Sonja, wobei ich die Frau Stadträtin Grabner ein bisschen ausnehmen möchte, sie ist noch zu kurz dabei, also ich hoffe, sie hat noch die Chance, sich anders zu entwickeln und ich hoffe, sie nutzt diese Chance. Politisch fällt diese Koalition durch soziale Kälte und durch Ignoranz und Machtgebärden auf und ich glaube, wie schon gesagt, es ist sicher so, das soziale Problem in einer Stadt, wo die ÖVP im Wahlkampf plakatiert hat, Graz macht Spaß, Graz soll eine Wohlfühlstadt sein, ich glaube, dass da vielleicht soziale Probleme wenig Platz haben. Aber dafür können die Menschen nichts, die Zeit, die wir jetzt haben, wird für die Menschen immer schlimmer, es gibt immer mehr Arme in dieser Stadt und ich glaube, dass man da auch etwas in diese Richtung unternehmen muss, auch im Rahmen der AOG (*Applaus SPÖ*). Der Kollege Korschelt braucht keine Angst haben, er kommt schon noch dran, wir haben heute genug Zeit, wie ich gesehen habe, das passt schon. Enttäuscht bin ich bei dieser Problematik vor allem von den Grünen, wie gesagt, von der ÖVP habe ich es mir sogar ein bisschen erwartet, bei den Grünen bin ich enttäuscht, weil ich davon ausgegangen bin und eigentlich immer noch davon ausgehe, dass euch soziale Werte, Unterstützung in Fragen von sozialen Problemen ein großes Anliegen ist und ich habe das Gefühl, dass die 79 Millionen Euro für die Stadträtin Rucker dieses Gewissen ein bisschen verschüttet haben, aber vielleicht, es gibt ja noch die Chance, nachdem es zurückgestellt ist, vielleicht gibt es noch eine Möglichkeit, da eine Änderung herbeizuführen.

Ich stelle daher die

Frage

an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, was haben Sie, nachdem Sie - aus welchen Gründen auch immer - bei der Erstellung des AOG-Programms 2011-2015 nur Stadtsenatsmitglieder der schwarz-grünen Koalition einbezogen haben, bisher unternommen beziehungsweise was werden Sie in Ihrer Verantwortung als Finanzstadtrat noch unternehmen, um auch den übrigen Stadtsenatsmitgliedern zu ermöglichen, wichtige Projekte in deren Ressortbereichen umzusetzen (*Applaus SPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Zunächst einmal vielen Dank für die Frage, denn sie gibt mir Gelegenheit, heute zur AOG zu sprechen, ich hätte ja viel lieber das gesamte Stück heute besprochen mit dem gesamten Gemeinderat und nicht nur auf Ihre Frage eine Antwort gegeben. Das ist leider nicht möglich, weil die SPÖ das Stück zurückgestellt hat und vielleicht zur sozialen Kälte. Die SPÖ hat das Stück zurückgestellt, und in diesem Stück sollte beschlossen werden, dass Investitionen in diesem Fall mit 200-Millionen-Euro-Größe von 2011 bis 2015 vorgezogen werden können, das heißt, die Projekte und das ist ein wesentlicher Grund, wieso wir die AOG jetzt schon beschließen. Wenn sie beschlossen ist, dann können Projekte vorgezogen werden, sie können bereits jetzt verwirklicht werden. Wir haben in Graz derzeit 17.000 Arbeitslose, davon 2.200 unter 25 Jahren und ich denke, dass diese Arbeitslosen unter anderem auf Aufträge der Stadt warten und diese Aufträge wollen wir vergeben, aus diesem Grund haben wir die AOG verhandelt und wir wollten sie heute beschließen. Einmal soviel zur sozialen Kälte der schwarz/grünen Regierung. Zum Zweiten sind Ihre Ausführungen inhaltlich einfach falsch. Es hat relativ früh eine Aufteilung gegeben in der AOG zwischen Schwarz und Grün von 80 Millionen Euro zu 120, 80 für den Verkehr, 120 für die anderen Bereiche und wir haben in einem ersten Schritt nichts anderes getan, als ausgehend von der außerordentlichen Gebarung 2006 bis 2010 die Werte für 11 bis 15 aufzustellen und vorzuschlagen. Es hat dann sehr intensive Gespräche gegeben. Am intensivsten sicherlich in der eigenen Fraktion, aber es hat jedenfalls keine Kürzungen über diese Basiswerte hinaus für die anderen Ressorts gegenüber 2006 bis 2010 gegeben. Ich möchte das im Einzelnen ganz kurz erläutern, ich möchte vorher aber noch sagen, dass es selbstverständlich mit allen Stadtsenatsmitgliedern Gespräch gegeben hat, sicherlich am intensivsten mit der Kollegin Kahr über das

Sonderwohnbauprogramm, über die Gemeindesanierung, die abgesehen davon ohnehin klarerweise auch einen sehr großen Beitrag darstellen für die Unterstützung von sozial Schwächeren und es hat aber selbstverständlich auch Gespräche gegeben mit Kollegen Riedler, Frau Edlinger und mit Mario Eustacchio. Vielleicht der Reihe nach ganz kurz ein paar Anmerkungen. Das Budget für die Kultur und für die Gesundheit ist tatsächlich mit null angegeben, die außerordentliche Gebarung, ich möchte aber darauf hinweisen, dass die außerordentliche Gebarung nicht der einzige finanzielle Handlungsspielraum von Abteilungen ist. Wir haben ja gerade heute im Finanzausschuss sehr intensiv über zwei große Projekte, die in den Kompetenzbereich von Stadtrat Riedler fallen, nämlich über den Ring Award 2011 und über das Drogenstreetwork geführt, wir sind bei dem einen großen Projekt zu einem Abschluss gekommen, beim zweiten haben wir noch Finanzierungsfragen offen, aber ich denke, dass wir die bis zum nächsten Mal lösen können. Also der Hinweis, dass selbstverständlich diese Projekte ebenfalls ermöglicht werden. Zur Kollegin Elke Edlinger, sie hatte von 2006 bis 2010 pro Jahr 250.000 Euro für die Sanierung von Heimen, dieser Betrag ist leicht reduziert worden auf etwas über 200.000 Euro, ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass in dem Budget in der außerordentlichen Gebarung der Kollegin Edlinger der Container für die Punks vorgesehen war mit 400.000 Euro, der kam nicht zur Ausfertigung und dass da auch durchaus ein finanzieller Handlungsspielraum von 2006 bis 2010 übrig bleibt für die nächste Periode 2011 bis 2015. Selbstverständlich habe ich mit dir auch darüber gesprochen. Dass wir über Projekte nicht gesprochen haben, sehe ich im Moment nicht als Vorwurf an, denn es liegt selbstverständlich im Kompetenzbereich der Kollegin Edlinger, für ihren Bereich und für ihre AOG Projekte vorzuschlagen und ich denke, dass von Seiten der schwarz/grünen Regierung selbstverständlich immer Bereitschaft sein wird, über diese Projekte zu sprechen, aber es liegt eben auch in ihrer Ressortverantwortlichkeit. Mit Kollegen Eustacchio hat es in der Hinsicht keine Probleme gegeben. Die Geriatrischen Gesundheitszentren werden üblicherweise und traditionell nicht über die AOG finanziert, sondern über die ordentliche Gebarung, allenfalls steht ja hier auch die Möglichkeit von Aufnahme von Fremdmitteln zur Verfügung. Die intensivsten Gespräche mit anderen Regierungsmitgliedern hat es sicherlich mit meiner Nachbarin hier auf der Regierungsbank, mit Elke Kahr, gegeben und zwar deshalb, weil uns hier ein Kompromiss besonders wichtig erschien, wegen der Aufgabe an sich, über die Wohnungsnot wissen wir Bescheid in Graz und es galt eben, ein ausgewogenes Verhältnis zu finden zwischen Sanierungsprojekten auf der

einen Seite und 500 neuen Sozialwohnungen auf der anderen Seite. Ich bin sehr froh, dass uns das gemeinsam durchaus auch an dieser Stelle, ich möchte die grüne Fraktion ebenfalls besonders erwähnen, dass uns das gemeinsam gelungen ist, hier zu einer Lösung zu kommen, die aus der Sicht auch von Elke Kahr eine akzeptable ist. Ich habe jetzt ohnehin schon sehr lange gesprochen, aber es ist immer noch sehr kurz ausgeführt, welche Gespräche es gegeben hat. Uns schien es jedenfalls wichtig, dass wir die AOG jetzt beschließen, jetzt beschließen, damit eben auch dann, wenn Projekte da sind, sie sofort umgesetzt werden können. Mir ist klar, wenn für Sie das wahrscheinlich alles nicht relevant ist, nachdem sie uns als Scheinheilige bezeichnet haben, werden sie wahrscheinlich der ungläubige Thomas sein in diesem Zusammenhang, aber so war es jedenfalls und ich denke, dass es sehr schade ist, dass wir heute über die AOG nicht beschließen können (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Gerhard Rüschi! Ich muss tatsächlich berichtigen deine Behauptung, dass es mit mir als zuständiger Referent für die Bereiche Gesundheitsamt mit Veterinärmedizin beziehungsweise mit dem Kulturamt ein Gespräch über die Notwendigkeiten von Investitionsbudgets für das Jahr 2011 bis 2015 gegeben hätte, das hat es nicht gegeben. Auch wurden meine Ämter nach genauer Befragung von mir, ist mir das von allen bestätigt worden, nicht eingeladen, entsprechende Budgetmeldungen bekanntzugeben, womit es nicht möglich war, eine entsprechende Anmeldung einzubringen in die Budgetvorschläge, die du hier machst. Notwendig ist aber vieles, das Einzige was tatsächlich war, wenn du sagst, wir sprechen hin und wieder miteinander, möchte ich dir gar nicht widersprechen, das ist richtig und du hast mir gesagt, wie der Antrag ausschauen wird, den du einbringen möchtest, das hat aber nichts mit den Gesprächen zu tun, die hier anzuführen sind und ich werde daher, um das zu korrigieren und dir die Möglichkeit zu geben, deinen Vorschlag für die AOG zu verbessern, aus Sicht der Ämter bis in die nächste Gemeinderatsperiode hinein Anmeldungen geben, die in der AOG aus unserer Sicht unterzubringen sind. Das wäre ein ordentlicher Vorgang (*Applaus SPÖ*).

Mag. **Haßler**: Ja, sehr geehrter Herr Stadtrat, Sie haben mich als ungläubigen Thomas bezeichnet, ich wäre gerne ein gläubiger Thomas, nur habe ich schon im Rahmen meiner Budgetrede darauf hingewiesen, dass eine Einbeziehung aller Kollegen im Stadtsenat bei so wichtigen Dingen vielleicht von Vorteil wäre und nachdem es diesmal wieder nicht passiert ist, werde ich sicher schön langsam zum ungläubigen Thomas, da haben Sie vollkommen Recht. Sie haben sehr wortreich erklärt, dass Projekte da und dort drinnen sind, haben AOG- mit OG-Projekten vermischt, unterm Strich bleibt trotzdem die Tatsache, dass für den Sozialbereich schon in der ordentlichen Gebarung zu wenig Mittel vorgesehen wurden, dass jetzt in der AOG wieder nur 900.000 Euro eingestellt sind und dass diese 900.000 Euro nicht einmal ausreichen werden, Sanierungsmaßnahmen, die anstehen, zu bestreiten und ich glaube, es kann nicht sein, dass Menschen in dieser Stadt das Pech haben, dass sie einen Stadtsenatsreferenten haben, wo ihre Anliegen hinzutragen sind, der gerade nicht zur großen Koalition gehört, dass sie deshalb schlechter gestellt sind, das kann es nicht sein und wenn für City of Design und Creativ Industries Styria...

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, die Zusatzfrage, bitte sie gleich zu stellen.

Mag **Haßler**: ...1,5 Millionen Euro möglich sind, dann wird für den Sozialbereich wohl auch noch was möglich sein. Jetzt komme ich zu meiner Zusatzfrage, nachdem wir das Stück zurückgestellt haben, besteht ja noch die Möglichkeit, etwas zu verbessern und zu verändern. Meine Zusatzfrage: Sind Sie bereit, den heute im Finanzausschuss zurückgestellten AOG-Entwurf 2011 bis 2015 nochmals aufzuschnüren, um auch den bisher vom AOG-Erstellungprozess ausgeschlossenen StadtsenatsreferentInnen die Chance zu geben, dringend notwendige außerordentliche Vorhaben in deren Aufgabenbereich umzusetzen, danke (*Applaus SPÖ*)?

StR. Dr. **Rüsch**: Als erstes weise ich noch einmal definitiv zurück, dass es ausgeschlossene Stadtsenatsmitglieder gibt. Vielleicht darf ich auch erläutern, dass es unter einem Finanzstadtrat Riedler in der außerordentlichen Gebarung im Kulturbereich und im Gesundheitsbereich ebenfalls eine Null gegeben hat und vielleicht ist es auch wichtig zu erwähnen, dass gerade im Kulturbereich mit dem Kulturhauptstadtjahr 2003 sehr viel an Einrichtungen erstellt worden sind, die abgesehen davon, auch nicht über das Kulturbudget budgetiert worden sind, sondern über den Liegenschaftsbereich. Also ich denke, hier ist überhaupt kein Wechsel erfolgt im Vergleich zur letzten Periode. Und dann möchte ich noch eines erwähnen, na selbstverständlich, lieber Wolfgang Riedler, habe ich mich bei dir zu dem Gespräch über die AOG angemeldet und habe dir gesagt, ich möchte dich gerne über die AOG informieren, der beste Beweis dafür ist ja immer dann, wenn am nächsten Tag von solchen Gesprächen etwas in der Zeitung steht. Ich gebe solche Termine und solche Berichte nie in die Zeitung und wenn eben letzte Woche schon in einer Zeitung über die außerordentliche Gebarung berichtet worden ist, dann kann ich nur sagen, das war genau einen Tag nach dem Termin, den ich bei dir und dann bei der Elke Edlinger hatte. Zur außerordentlichen Gebarung nochmals zurückkommend, wir haben ja in der außerordentlichen Gebarung die Regelung, dass jederzeit Projekte getauscht und verändert werden können, das Ziel der AOG ist einmal, zunächst eine Vorstellung über die Einhaltung der 200 Millionen zu haben, das ist Gott sei Dank gelungen, das haben wir auch beschlossen mit dem Budget 2009 und das zweite Ziel ist, die Projektverantwortlichkeit nach den Stadtsenatsreferentinnen und -referenten festzulegen. Es ist jederzeit möglich, da Veränderungen durchzuführen, neue Projekte einzubinden, allerdings, und das ist klar, immer dann auf Kosten von anderen Projekten. Dass wir deinem Anliegen, lieber Wolfgang Riedler, nicht völlig unbeachtet und jedenfalls neutral gegenüberstehen, haben wir schon in einem Fall bewiesen. Es war sowohl dein Interesse als auch das Interesse der Koalition, das Projekt Explosiv zu unterstützen, das war ebenfalls nicht in der außerordentlichen Gebarung drinnen, wir haben es nachnominiert, und es ist auch schon ein Gemeinderatsbeschluss gefallen und es war auch durchaus die Möglichkeit für dich, dieses Projekt auch unter deinem Namen zu verkaufen, was mir durchaus recht ist, aber du siehst daran, dass wir diesem Anliegen durchaus offen sind (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Edlinger**: Werter Herr Finanzstadtrat, liebe Regierungskoalition! Wenn hier behauptet wird, es ist kein Ausschluss von Regierungsmitgliedern, wenn ihnen einfach nur mitgeteilt wird, in meinem Fall mir 900.000, wie viel und wie hoch der Betrag ist, der in die nächste AOG-Programmplanungsperiode gestellt wird, dann muss ich das berichtigen. Tatsache ist, wenn du sagst, es sind ja andere Programme oder Projekte möglich, man muss ja quasi nur tauschen, das wird mit 900.000 nicht gehen, weil die Bedürfnisse und der Bedarf des Amtes, und da geht es um keine neuen Projekte, sondern um notwendige Sanierungen, die einfach gemacht werden müssen, weil uns sonst die Häuser zusammenbrechen, sind bei weitem höher als die 900.000, die ihr eingestellt habt erstens und zweitens, und da komme ich schon zum Schluss meiner tatsächlichen Berichtigung, stimmt es auch nicht, dass die 900.000 nur quasi gering weniger wären als in der letzten Programmplanungsperiode, ich habe die Aufstellung da, das Sozialamt hat von 2006 bis 2010 weit über zwei Millionen in der AOG gehabt, also es ist weit mehr als die Halbierung der Mittel (*Applaus SPÖ*).

StR. Dr. **Rüsch**: Dann darf ich auch nochmals eine Korrektur anbringen. Ich möchte eben nochmals speziell die 400.000 erwähnen, die für den Punk-Container vorgesehen waren, und dieses Projekt ist nicht zur Umsetzung gekommen, das heißt, das kann durchaus auch für andere Zwecke und auch für den Bereich 2011 bis 2015 verwendet werden.

7) Umsetzungsgrad des Kulturleitbildes

GRin. **Jahn** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

GRin. **Jahn**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe KollegInnen! In meiner Frage geht es um den Umsetzungsgrad des Kulturleitbildes, wir haben ja letztes Jahr vor dem Sommer in der letzten Sitzung die mittelfristige Kulturentwicklung beschlossen, ein Stück, wo aus grüner Sicht sehr, sehr wichtige und auch nachhaltige Ansätze für

die Kulturpolitik in unserer Stadt geschaffen werden. Dieses Stück ist sehr ausführlich mit zahlreichen Vorschlägen für Ideen sozusagen, was in der Stadt Graz im Bereich der Kulturpolitik machbar wäre, auch auf Basis einer Studie, die vom Kulturausschuss des Städtebundes beauftragt wurde, wo es um den Mehrwert von Kunst und Kultur im städtischen Raum ging und wo auch dementsprechende Fragen, die auch für die Stadt Graz relevant sind, sozusagen gestellt und auch beantwortet werden. Natürlich ist uns klar, dass viele dieser Projekte auch, wie wir ja vorher auch im Zuge der Budgetdiskussion, AOG-Diskussion, schon gehört haben, einen Finanzbezug haben und klar ist auch, dass es natürlich hier oder da auch in diese Richtung Überlegungen geben wird müssen, was Umsetzung betrifft. Das ist uns Grünen sehr wohl bewusst. Dennoch kann man ja auch über das letzte Jahr schon positiv bilanzieren, dass einige Dinge auch aus dieser Strategie bereits umgesetzt wurden, die auch im Koalitionsvertrag erwähnt und auch unterstützt wurden, wie Ausbau Explosiv beispielsweise oder auch die gelungene mehrjährige, also die Fortführung der mehrjährigen Förderverträge und auch Überlegungen zur Rettung des KIZ. Es gibt aber auch zahlreiche weitere Maßnahmen, die in dieser Strategie gefordert werden, wie zum Beispiel die Kooperation des Kulturamtes mit dem Integrationsreferat, mit NGOs, mit dem Ressort Tourismusbildung und der Stadtbaudirektion. Es gibt auch Überlegungen zum Bereich demographische Entwicklung, wir wissen, dass Graz eine wachsende Stadt ist, dass wir im Bereich der jungen Menschen, auch der älteren und speziell auch im Bereich der MigrantInnen spezielle Kulturangebote schaffen müssen, also wo einfach eine zielgruppenspezifische Arbeit auch notwendig ist. Es gibt das integrierte Kulturstättenkonzept von 2006, wo auch noch weitere Überlegungen anzustellen sind, auch Themen wie Barrierefreiheit, stärkere Kooperation Stadt, Land, Bund, Kultursponsoring etc. sind in dem Stück aus dem letzten Jahr erwähnt.

Meine

F r a g e

daher an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat! Welche der im Grazer Kulturleitbild definierten Ziele konnten bis dato bereits umgesetzt werden beziehungsweise sind für heuer noch geplant?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich möchte es sehr kurz machen, Christina, ich habe hier ein vier Seiten langes Papier mit dem derzeitigen Umsetzungsstand, das ich dir sehr gerne übergeben möchte und das dir detailliert Auskunft über die Umsetzung des Grazer Kulturleitbildes gibt. Ich möchte aber die Gelegenheit auch nutzen darauf hinzuweisen, dass bei dieser Art von Budgetpolitik, bei der weder vor den Budgetbeschluss-Verhandlungen geführt werden zwischen dem zuständigen Referenten und dem Finanzreferenten, ja, wo wir nicht einmal in die AOG-Gespräche einbezogen werden in irgendeiner Art und Weise, die es uns möglich macht, über die Gemeinderatsperiode hinaus Anmeldungen für Investitionsprogramme zu machen, es natürlich wahnsinnig schwierig macht, vieles von dem, was wir vor allem zum Beispiel im Spielstättenprogramm vorsehen sollten, tatsächlich auch umzusetzen. Wenn man nicht eingeladen wird, bei einer AOG, die null ausmacht, kann man auch nichts abtauschen, dann ist völlig klar, dass diese Bereiche aus der Sicht des Finanzreferenten völlig ausgespart bleiben und die Fortschreibung einer alten AOG-Darstellung weit, weit in die Zukunft bedeutet ja nichts anderes, als dass man irrigerweise der Annahme ist, in der Stadt darf und soll sich nichts bewegen und nichts verändern, da darf nichts Neues dazukommen. Insofern finde ich es leider sehr, sehr bedauerlich, dass die Budgetpolitik, so wie sie jetzt gemacht wird, uns ganz enge Grenzen setzt und insbesondere den Diskussionsspielraum über das, was gut wäre für die Stadt, massiv einschränkt. Abgesehen davon drückt natürlich auch die 15-%-Sperrung, die ja erst sehr spät im Jahr diskutiert werden wird, auf die Umsetzung dessen, was ursprünglich ja nur eine Fortschreibung des Budgets des vorigen Jahres wäre, also de facto aus heutiger Sicht stehen wir vor einer 15-%-igen Reduzierung des Kulturbudgets, das ja zum allergrößten Teil aus freiwilligen Leistungen, nämlich Subventionsleistungen, besteht. Das alles macht es sehr schwierig, trotzdem bemühe ich mich, gemeinsam mit allen Fraktionen des Gemeinderates unser im letzten Jahr beschlossenes Kulturleitbild zu einer möglichst guten Umsetzung zu bekommen und ihm zu einer Umsetzung zu verhelfen, und den Stand der Umsetzung möchte ich dir gerne im Detail übergeben, wenn du willst, können wir auch über einzelne Fragen diskutieren (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Jahn**: Zuerst danke für die Zusammenfassung, die ich dann bekommen werde. Natürlich die budgetäre Lage ist schwierig auch für andere Ressorts, das ist

mir sehr wohl bewusst und auch die 15-%-Sperrung trifft ja im Moment noch alle, aber darüber werden wir dann ohnehin noch diskutieren müssen. Aber meine Zusatzfrage: Bist du bereit, diese Zusammenfassung auch den anderen KultursprecherInnen der anderen Fraktionen zukommen zu lassen und diesen Bericht als Ausgangspunkt für eine Diskussion im nächsten Kulturausschuss sozusagen zur Verfügung zu stellen, damit wir auch dort an weiteren Lösungen arbeiten können, was die angedachten Maßnahmen betrifft?

StR. Dr. **Riedler**: Selbstverständlich, nicht nur den Kultursprecherinnen und -sprechern, auch den Klubs insgesamt, womit dann also eine Verteilung an die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte gewährleistet wäre. Ich weise aber darauf hin, dass es sich um eine Vorwegnahme des jährlichen Kulturberichtes handelt, über den dann ohnehin auch hier im Gemeinderat ausführlich diskutiert werden kann und soll, aber die Bilanz ist absolut ansehnlich und ich bin gerne bereit, darüber bei jeder Gelegenheit, nicht nur im Kulturausschuss, zu diskutieren (*Applaus SPÖ*).

8) Geplante Einstellung eines Personalmanagers

GR. Mag. **Korschelt** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Gerhard! Wie schon oft seit Beginn der Koalition von ÖVP und Grünen mussten die Gemeinderäte auch diesmal Personalentscheidungen den Medien entziehen. So stand jüngst zu lesen, dass ein neuer Personalmanager für die Stadt Graz installiert werden soll. Dies löst eine gewisse Verwunderung aus, da die Stadt Graz bereits über eine Personalabteilung verfügt. Es drängt sich die Frage auf, ob dies wirklich im Interesse einer sparsamen Personalverwaltung geschieht, oder ob hier nicht schon ein Versorgungsposten für einen wahrscheinlich ehemaligen Messemanager entstehen soll.

Ich stelle deshalb an Dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

Frage :

Für welchen Aufgabenbereich soll der geplante Personalmanager der Stadt Graz zuständig sein?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Gemeinderat, lieber Harald! Der Personalbereich ist sicherlich ein Schlüsselbereich in den Reformbemühungen der Koalitionsregierung bei der Neuordnung des Hauses Graz, und ganz konkret geht es hier vor allem um die Frage, wieweit die personellen Ressourcen, die es in der Stadt gibt, und zwar nicht nur im Magistrat, sondern auch in den vielen Beteiligungen, besser auszunutzen, um den Aufnahmestopp, den es, soweit es eben möglich ist, umgesetzt werden soll, auch tatsächlich durchzuführen. Dafür ist es erforderlich, dass die Personalbereiche in den Beteiligungen mit jenen der Stadt enger zusammenarbeiten und das ist eigentlich der Kernbereich des Auftrages, der an den Dr. Zinkanell ergehen soll. Er wird dort mit einem Projektteam zusammenarbeiten, er wird das Projektteam koordinieren, in dem selbstverständlich der Leiter der Personalabteilung des Magistrates Graz dabei sein wird, der Dr. Kalcher, in dem der Personaldirektor der Graz AG, der Dr. Waldhauser dabei ist und in dem auch je nach Fragestellung dann an die Personalverantwortlichen von den anderen städtischen Beteiligungen, von den Eigenbetrieben dabei sind. Die Fragestellung für diesen Projektauftrag ist konkret eine vierfache: Erste Fragestellung ist der Aufbau eines bereichübergreifenden Personalmanagements unter Nutzung von Synergien zwischen Magistrat, städtischen Eigenbetrieben und Beteiligungen, der zweite Bereich ist die Mitwirkung im Reformprozess der Stadt Graz mit den Schwerpunkten Effizienzsteigerung und Optimierung der Führungsstrukturen unter ständiger und enger Abstimmung mit allen laufenden Reformprojekten, drei, Weiterentwicklung des Auswahlverfahrens bei der Besetzung von Führungsfunktionen und vier, die Erarbeitung von Kosteneinsparungspotentialen unter Berücksichtigung arbeitsrechtlicher Rahmenbedingungen und sozialer Ausgewogenheit. Dr. Zinkanell wird nicht der Überpersonaldirektor für die Stadt Graz insgesamt sein, sondern selbstverständlich sind alle Funktionen, die es bisher gibt, Dr. Kalcher, Dr. Waldhauser usw. wichtig und unersetzbar. Seine Aufgabe ist, dieses Projekt zu koordinieren und eben möglichst viele gute Ansätze und auch Wirkung aus diesem

Projekt zu erzielen. Vielleicht noch eine persönliche Bemerkung zum Herrn Dr. Zinkanell. Er ist von Seiten der Stadt Graz gefragt worden, wie weit er an dieser Tätigkeit Interesse hat, sein Dienstvertrag bei der Messe läuft ja weiter und wird umgewandelt und wird nicht gekündigt, das heißt, es ist durchaus in seinem Sinne, aber auch im Sinne der Stadt Graz, dass er für diese Funktion, die er ja auch ursprünglich ausgeübt hat, auch in der Stadt wieder zur Verfügung steht. Gleichzeitig paart es sich natürlich auch mit den Überlegungen bezüglich der Messe, dass hier innerhalb durch die zwei Gesellschaften es zu vier Führungsfunktionen gekommen ist für insgesamt 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und dass hier natürlich auch der Wunsch ist und das Bestreben ist, diese Führungsstruktur zu vereinfachen und zu verringern jedenfalls, und damit ist eben auch eine gute weitere Beschäftigungsmöglichkeit für Dr. Zinkanell in der Stadt gegeben.

Mag. **Korschelt**: Wie gesagt, auf Grund dieser Antwort jetzt die Zusatzfrage, ob ich das richtig verstanden habe, also Dr. Zinkanell bleibt sozusagen bei der Messe angestellt und wird dann in die Stadt Graz ausgeliehen und leitet nur ein Projekt und wenn das Projekt fertig ist, dann geht er wieder zurück oder ist das eine Ein-Mann-Abteilung oder wie soll das Ganze ausschauen?

StR. Dr. **Rüsch**: Die Überlegung ist die, dass der Dienstvertrag, den der Dr. Zinkanell mit der Messe hat, in einen freien Dienstvertrag umgewandelt wird mit der Aufgabe eben, das genannten Projektes in der Stadt Graz durchzuführen selbstverständlich gegen Gehaltsrefundierung von Seiten der Stadt Graz an die Messe und über die Vertragslaufzeit. Zur Diskussion steht, ob das Beschäftigungsausmaß auf 80 % reduziert werden soll und damit der Vertrag verlängert werden soll. Klar ist aber, dass es ein befristeter Dienstvertrag für Herrn Dr. Zinkanell ist und dass über die weitere Zukunft nach Beendigung dieses Dienstvertrages, dass es derzeit keine Regelung und auch keine Vereinbarung gibt.